DIE LINKE.

Weniger Geld für Zornröschen, Erziehungsberatung, Kinderschutzbund, Café Pflaster, Selbsthilfe? Privatisierung der Kindergärten?

DIE LINKE sagt NEIN!

Haushaltsrede 2012

23.05.2012

Bernhard Clasen

Es gilt das gesprochene Wort

Anm. d. Red. BZMG: Text zur besseren Lesbarkeit formatiert

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Am Anfang dieser Beratung über den Haushalt 2012 ist folgendes festzuhalten:

Der Haushalt, wie er gleich verabschiedet wird, ist danach auch gleich wieder Makulatur.

Die Beratungen des Haushaltes waren eher darauf ausgerichtet, alles in den September zu schieben.

Von Anfang der Beratungen war klar, dass es erst mal ums Warten ging, warten auf den Bescheid aus Düsseldorf, der uns finanziell Luft verschaffen solle.

Immer wieder wurde vor der Vergeblichkeitsfalle gewarnt. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen sind wir nun genau in der Falle.

Der Stärkungspakt lässt keine Chance zu fragen, wie wir in unserer Stadt leben wollen und wie wir sie lebenswert gestalten können.

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen ist ein Spardiktat, wo es nicht um die Bedürfnisse der Menschen geht.

Der Stärkungspakt zwingt den Rat, die Kommune nur noch betriebswirtschaftlich zu betrachten.

Der Stärkungspakt bedeutet den Abbau wichtiger sozialer, kultureller und organisatorischer Strukturen.

Er ist Ausdruck einer Kahlschlagspolitik, wie auch die Kürzungslisten in Wuppertal und Bergneustadt deutlich machen. Wir werden zur Politik der Kürzungen gezwungen, wenn wir uns in die Falle des sogenannten Stärkungspaktes begeben.

Warum sind wir in dieser katastrophalen finanziellen Situation?

Die Kommunen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Es war auch nicht der Solidarpakt Ost, der dazu geführt hat.

Es waren die Steuergeschenke an Unternehmen, Banken, Versicherungen und Spekulanten, die die Kommunen ausbluten ließen.

60 größere und kleinere Steueränderungen zwischen 1998 und 2008 gingen zu Lasten der Kommunen.

Der zweite Grund liegt darin, dass den Kommunen durch Bund und Land immer mehr Aufgaben übertragen wurden, ohne sie dafür finanziell entsprechend auszustatten.

Das Gutachten der Landesregierung beziffert das strukturelle Defizit auf 2,5 Milliarden € Unterdeckung pro Jahr.

Anm. d. Red. BZMG: Text zur besseren Lesbarkeit formatiert

Hinzu kommt, dass der kommunale Anteil am Steuertopf des Landes von 28,5% auf 23,5% gesenkt wurde.

Daran wird zweierlei deutlich:

Es ist nicht primär die Schuld der Kommunen, dass sie in diese finanzielle Situation gekommen sind.

Und es ist nicht primär ein Ausgabenproblem, was die Kommunen haben. Es ist ein Einnahmeproblem.

Betrachten wir uns nun vor diesem Hintergrund den Ansatz des sogenannten Stärkungspaktes.

Dieses Programm geht im Rahmen der Vorgaben für die zehnjährige Finanzplanung von Parametern in den Bereichen Wachstum, Zinsen, Personal aus, die unrealistisch sind. Deren Auswirkungen haben allein die Kommunen zu tragen.

1% sind im Bereich der Personal- und Vorsorgeaufwendung vorgesehen. Die diesjährige Tarifrunde hat diese Vorgabe doch schon über den Haufen geworfen.

Die Vorgaben gehen von einem wirtschaftlichen Wachstum von 1,5% aus. Laut Bundesamt lag der statistische Wert in den letzten zehn Jahren jedoch bei nur 0,9% jährlich.

Gerechnet wird mit einem Zinssatz von 2,25%. Der mag zwar in Zeiten der Niedrigzinspolitik realistische sein. Nur für diesen Niedrigzins gibt es keine Garantie.

Als zweites wird deutlich, dass das Land mit 345 Millionen € jährlich ein Problem zu lösen versucht, das sie selbst mit 2,5, Milliarden € beziffert hat.

Und wer haftet für den Differenzbetrag? Die Kommunen.

Das heißt:

Die Kommunen sind nicht schuld an ihrer Finanzmisere. Doch sie müssen nun die Suppe auslöffeln, die andere ihnen eingebrockt haben.

Wir werden diesen Weg nicht mitgehen und werden bei den Kürzungsberatungen im September noch einmal unsere Alternativen vorstellen.

Wir wollen nicht viel. Uns würde eine Umsetzung der Wahlversprechen von SPD und Bündnis90/Die Grünen reichen.

Wir fangen mit der Wiedereinführung der Besteuerung großer Vermögen an.

Die Grünen sagen 1,5%, die SPD sagt nun 1%. Selbst bei einem Prozent würde das 630 Millionen € jährlich für die Kommunen bringen.

Anm. d. Red. BZMG: Text zur besseren Lesbarkeit formatiert

Anhebung Spitzensteuersatz. Nur auf 50%, wie ver.di vorschlägt. Und nicht auf 54% wie unter Helmut Kohl, oder gar 75%, wie Herr Hollande in Frankreich fordert.

Brächte für die Kommunen 500 Millionen.

SPD und Grüne fordern eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Die Rücknahme der Kürzung des Anteils der Kommunen am Steuertopf des Landes wäre hier ein geeignetes Mittel. Heute 23,5%, ehemals 28%. Eine Anhebung auf 25% im ersten Schritt brächte den Kommunen 770 Millionen €.

Diese Maßnahmen könnte die neue Landesregierung durch Initiativen im Bundesrat bzw. durch eigene Beschlüsse umsetzten. Sie brächten allein 1,9 Milliarden €.

Zum Vergleich: 1,9 Milliarden € jährlich gegenüber 345 Millionen €, die für den Stärkungspakt Stadtfinanzen eingesetzt werden sollen.

Als erster Schritt könnten die 345 Millionen €, die das Land eh für die Schuldentilgung einsetzen wolle, ohne Auflagen an die Kommunen weiter gegeben werden. Diese Summe würde sich durch die Umsetzung der vorher aufgeführten Maßnahmen schrittweise erhöhen.

Einen weiteren Schritt, den die neue Landesregierung vornehmen könnte, wäre die Einrichtung eines Landesentschuldungsfonds.

2/3 der Verschuldung der Kommunen geht auf Entscheidungen der Landes- und Bundesregierung durch Verletzung des Konnexitätsprinzipes, der Aufgabenübertragung ohne Ausfinanzierung zurück.

Da für diese Finanzierung Kredite aufgenommen werden mussten, ist es nur gerechtfertigt, dass 2/3 der Kassenkredite in einen solchen Fond einfließen könnten. Für Mönchengladbach wären das bei 900 Millionen € Kassenkredite 600 Millionen €. Das sind die Dimensionen.

Der Entschuldungsfond sollte außerhalb des Haushaltes als „Sondervermögen“ bzw. BadBank eingerichtet werden.

Verstehen kann ich nicht, warum für Banken, die die Misere selbst verursacht haben, Rettungsschirme und BadBanks möglich sind, über Kommunen aber, die unverschuldet Schulden haben, keine Rettungsschirme aufgespannt werden.

Diese Schulden sind zunächst einmal in diesem Landesfonds zu parken. Die Landesebene muss sich dann darum kümmern, was damit weiter geschieht. Sie muss verfassungsrechtlich ohnehin für die Kommunen geradestehen.

Das sind unsere Alternativen zu dem Weg des Kaputtsparens der Kommunen.

Anm. d. Red. BZMG: Text zur besseren Lesbarkeit formatiert

Wohin die Reise geht, hat mein Vorredner ja schon klar benannt: Kürzungen der Gelder für Erziehungsberatung, Zörnröschen, Erziehungshilfen, Café Pflaster und möglicherweise doch noch eine Privatisierung der städtischen Kindergärten.

Die Ratsfraktion der Partei DIE LINKE lehnt gleich die Zustimmung zum Haushalt 2012 ab.

Gleichzeitig fordern wir Sie auf, Widerspruch gegen den Bescheid zum Stärkungspakt Stadtfinanzen einzulegen oder Druck auf die neue Landesregierung auszuüben, diesen Kürzungspakt, auch als Stärkungspakt bezeichnet, zurück zu nehmen.

Anm. d. Red. BZMG: Text zur besseren Lesbarkeit formatiert